



Das Freihandelsabkommen der Schweiz mit Brüssel behält für die Regelung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit weiterhin Gültigkeit und garantiert mit der WTO-Mitgliedschaft den Marktzugang zur EU. REUTERS

Es geht auch ohne das neue EU-Vertragswerk

Nach dem Zollhammer aus den USA wird umso engagierter darüber diskutiert, ob sich als notwendige Reaktion die engere Anbindung an die EU wirtschaftlich aufdränge.

Gastkommentar von Marina Meister und Steffen Meister

Das neue Vertragswerk mit der EU steht, das Stimmvolk wird darüber befinden. Aus Bundesbern gibt es regelmässig Informationen über die verschiedenen Vorteile einer engeren Zusammenarbeit mit Brüssel. Was aber wären die wirtschaftlichen Folgen, wenn das Vertragspaket abgelehnt würde? Würden die bestehenden bilateralen Verträge alternativlos auslaufen? Würde der Zugang zum EU-Binnenmarkt auf dem Spiel stehen – und auch der Zugang zum EU-Arbeitsmarkt, die Bildungszusammenarbeit und andere gemeinsame Dossiers?

Die Schweiz hat ein Freihandelsabkommen mit der EU. Dieses datiert zwar von 1972 und deckt neuere Bereiche nicht ab, zum Beispiel den Strommarkt oder die Forschungszusammenarbeit. Doch für die grundsätzliche Regelung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit behält es weiterhin Gültigkeit und garantiert zusammen mit der WTO-Mitgliedschaft der Schweiz den Marktzugang zur EU.

Für die vielen Firmen mit Produktions-, Verkaufs- oder Service-Niederlassungen in der EU ändert sich grundsätzlich nichts. Diese Niederlassungen sind EU-Firmen und unabhängig vom Status der Schweiz als Teilnehmerin am EU-Binnenmarkt. Unternehmen ohne EU-Niederlassung können ihre Produkte so vertreiben, wie das für alle Drittstaaten möglich ist, nämlich mit der Kennzeichnung «CE» und einer definierten Firmenvertretung innerhalb der EU. Produktzulassungen können direkt in der EU beantragt werden, so wie dies die Pharmaindustrie bereits erfolgreich praktiziert. Sofern die Schweiz diese Produktzulassungen anerkennt, entfallen auch Doppelaufwand und -kosten.

Die Schweiz hätte auch ohne Vertragswerk weiterhin die Möglichkeit, Fachkräfte aus der EU einzustellen. Dies zu Bedingungen, welche die Schweiz selbst definiert, insbesondere bezüglich Eintritt in unser Sozialsystem und Familiennachzug. Für eine Anstellung in der EU müssten Schweizer Arbeitskräfte im schlimmsten Fall die Visa-Verfahren durchlaufen, wie dies für Personen aus Grossbritannien oder anderen Drittstaaten bereits der Fall ist.

Unsere Wirtschaft könnte wieder vermehrt auf qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten und somit auf einen grösseren Fachkräftepool zugreifen. Derzeit ist dies aufgrund des Personenfreizügigkeitsabkommens nur schwer möglich, selbst wenn es sich um Personen handelt, welche langjährig in der Schweiz ausgebildet wurden und hier gut integriert sind.

Sektorielle Abkommen können weiterhin geschlossen werden. Die zentrale Lage der Schweiz bietet gute Voraussetzungen für deren Aushandlung. Denn für die EU würde es problematisch, würden wir Verkehrs-, Schienenverkehrs- und Stromflüsse durch die Schweiz kontingentieren oder unterbrechen. Dabei sind die Verhandlungsmöglichkeiten günstiger, je höher der Grad an Selbstversorgung und Autonomie ist, zum Beispiel im Energiebereich.

Grossbritannien ist nach dem Brexit kurzfristig von der Bildungszusammenarbeit Horizon Europe ausgeschlossen worden, ist mittlerweile jedoch bereits wieder Teil davon. Von den hochkarätigen Schweizer Fachhochschulen und Universitäten profitieren nicht nur die USA und das Verei-

Die Schweiz hätte auch weiterhin die Möglichkeit, Fachkräfte aus der EU einzustellen.

nigte Königreich, sondern auch die EU. Beim Cern oder beim Zentrum der Europäischen Weltraumorganisation in Villigen hat sich die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und der Schweiz bereits etabliert. Die EU wird den Gewinn aus solchen Kooperationen kaum längerfristig aufs Spiel setzen wollen.

In der kürzlich vom Bund in Auftrag gegebenen Ecoplan-Studie wird errechnet, dass der Wegfall der Bilateralen I bis 2045 ein um 1,65 Prozent reduziertes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf verursachen könnte. Gleichzeitig wird ein Bevölkerungsrückgang um 3 Prozent prognostiziert. Dieser dürfte sich unter anderem bemerkbar machen bei vermehrt verfügbarem Wohnraum und entsprechend tieferen Kosten, was bereits das reduzierte BIP-Wachstum teilweise wieder kompensieren könnte.

Es gibt sicher viele Gründe, das EU-Vertragswerk anzunehmen, gerade wenn die Nähe zu Europa und die direktere Einbindung in die EU im Vordergrund stehen. Argumente in diesem Zusammenhang sind gut zugänglich. Man kann aber die Informationslage durchaus ergänzen im Sinne der Beantwortung der an dieser Stelle diskutierten Fragen: Was wäre, wenn die neuen Verträge nicht angenommen würden und zudem der schlimmste Fall einträte, nämlich die Kündigung aller bilateralen Verträge?

Unserer Ansicht nach wäre auch dieser Fall für die Schweiz und ihre Wirtschaft gut verträglich. Bei der Frage, ob man das EU-Vertragswerk annehmen oder ablehnen will, geht es also weniger darum, ob unser Land wirtschaftlich gefährdet wäre bei einem Nein. Vielmehr geht es um die zentrale Frage, ob eine engere Einbindung in die EU gewünscht wird oder ob die Bewahrung der Selbständigkeit und der Gestaltungsfreiheit für unser Land bevorzugt wird. Dies ist die Frage, die jeder Bürger und jede Bürgerin für sich beantworten muss.

Marina Meister ist Unternehmerin, Verwaltungsrätin und Stiftungsrätin. Steffen Meister ist Verwaltungsratspräsident der Partners Group und Stiftungsrat der ETH Foundation.

Künstliche Intelligenz (KI) ist in vielerlei Hinsicht schon heute der menschlichen Intelligenz überlegen. In der Zukunft wird dies noch weit deutlicher werden. Die verwendeten Algorithmen sind fähig, dauernd zu lernen. Mithilfe riesiger Datenmengen und enormen Computerfähigkeiten kommen sie zu Ergebnissen, welche Menschen nicht mehr erfassen und verstehen können. Gleichzeitig sind manche Resultate so einfältig, dass nicht einmal ein Kind sie produzieren würde.

Es stellt sich deshalb die dringende Frage: Wie sollen wir Menschen auf KI reagieren? Wie vertragen sich die unterschiedlichen Rationalitäten der künstlichen und der menschlichen Intelligenz? Sind sie in irgendeiner Weise kompatibel miteinander, oder wird KI den Menschen ins Abseits stellen?

Angesichts dieser Entwicklung ist es wichtig, zu sehen, dass KI wesentlich über die Fähigkeiten derer hinausgeht, welche die Algorithmen programmiert haben. KI entwickelt ein dynamisches Eigenleben, das von seinen Schöpfern nur noch bedingt kontrolliert werden kann. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, selbst wenn wir die Ergebnisse nicht mehr rational nachvollziehen können.

Der grosse Schritt der Aufklärung bestand darin, die Menschen zu ermuntern, ihren eigenen Verstand zu verwenden. René Descartes Aussage «cogito, ergo sum» definiert den Menschen als rationales Wesen. Hunderte Jahre später definiert der Test von Alan Turing eine Maschine als intelligent, wenn sie so gut funktioniert, dass ihre Ergebnisse sich nicht mehr von menschlichen Überlegungen unterscheiden lassen. KI geht inzwischen bereits weiter: Sie kreiert Ergebnisse, die jenseits der menschlichen Auffassungsgabe liegen. Damit entsteht eine neue Epoche.

Von der KI werden starke Auswirkungen auf die Wirtschaft erwartet. Bis zum Jahr 1700 war das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Menschen auf der Erde weitgehend konstant. Bis zu den

Jenseits der Rationalität fehlen der KI viele Aspekte

Was hat der Mensch der künstlichen Intelligenz voraus?

Spiritualität, Achtsamkeit, Emotionen und Moral – aber auch negative Eigenschaften wie Neid und Grössenwahn.

Gastkommentar von Bruno S. Frey und Margit Osterloh

1820er Jahren stieg mit der industriellen Revolution das jährliche Wachstum auf 0,5 Prozent, bis zum Ende des 19. Jahrhunderts auf 1,9 Prozent, und im letzten Jahrhundert gar auf 2,8 Prozent pro Jahr, eine gewaltige Steigerung. Infolge des Einsatzes der «allgemeinen künstlichen Intelligenz» (General Artificial Intelligence) wird von ernstzunehmenden Forschern ein gewaltiges Wachstum von 20 bis 30 Prozent pro Jahr vorausgesagt. Die wirtschaftliche Tätigkeit wird dadurch grundlegend verändert. Manche Tätigkeiten werden völlig ersetzt, an ihre Stelle treten digitale Produktionsstätten. Dass dadurch Arbeitslosigkeit verursacht wird, ist unwahrscheinlich. Immer schon wurde mit steigender Automatisierung der Wegfall von Arbeitsplätzen

prognostiziert, und immer schon lagen diese Prognosen zumindest langfristig falsch. Neu entstehende Bedürfnisse und Strukturwandel haben zu einem stabilen oder sogar wachsenden Beschäftigungsniveau geführt.

Die gigantischen Wachstumsprognosen durch KI vernachlässigen allerdings zahlreiche bremsende Faktoren. Da wären zunächst einmal die zunehmende staatliche und privatwirtschaftliche Bürokratie, ebenso wie der derzeit von den USA ausgehende wieder aufkommende Protektionismus. Beides verhindert Innovationen. Weiterhin könnte KI dazu führen, dass die Einkommensverteilung in und zwischen Ländern deutlich ungleicher wird. Das kann politische Unruhen bewirken.

Auch Kriege sind trotz weit entwickelter KI möglich, weil Staaten jeweils ihre eigene KI gegeneinander einsetzen werden. Eine wirksame wechselseitige Kontrolle – wie dies beim Einsatz von Nuklearwaffen bisher möglich war – scheint im Fall von KI unrealistisch. Die Anwendung und die vom Menschen unabhängige Weiterentwicklung der KI lässt sich kaum von Aussenstehenden überwachen.

Damit stellt sich die grundsätzliche Frage: Was zeichnet Menschen gegenüber der KI aus? Rationalität kann es nicht mehr sein. Vielmehr rücken Aspekte ins Zentrum, die in unserer durchrationalisierten Welt gegenwärtig keine Konjunktur haben: Spiritualität, Achtsamkeit, Liebe, Zuneigung, Emotionen und vor allem Moral zeichnen die Menschen gegenüber der KI aus, ebenso negative Eigenschaften wie Neid, Grössenwahn, Rachsucht, Ermüdung und Langeweile. Hinzu kommen die vielen, von dem Nobelpreisträger Daniel Kahneman und dem Co-Autor identifizierten unsystematischen, psychologisch bedingten Abweichungen von der Rationalität. Alle diese Eigenschaften fehlen der KI.

Paradoxaerweise könnten damit Institutionen eine neue Bedeutung erhalten, die in unserer säkularisierten, durchrationalisierten Welt derzeit grosse Überlebensschwierigkeiten haben. Allen voran sind es die Kirchen, die unter Mitgliederschwund leiden. Diese Entwicklung könnte sich wieder umkehren, wenn sich die Kirchen auf ihre einzigartige Spiritualität konzentrieren und ihre Distanz zur aufklärerischen Rationalität sowie zur künstlichen Intelligenz betonen würden. Kirchen und Klöster könnten sich in neuer Form als Stätten der Begegnung, der Besinnung auf gemeinsame moralische Grundlagen sowie emotionaler und ästhetischer Erlebnisse wieder ins kollektive Gedächtnis bringen.

Bruno S. Frey und Margit Osterloh sind emeritierte Professoren an der Universität Zürich und wirken heute als Forschungsdirektoren am Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema) in Zürich.